

REINHARD RODE

Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1968—1972

Studien zum Konflikt im südlichen Afrika, Entwicklung und Frieden, Wissenschaftliche Reihe 7, München und Mainz 1975, 371 S.

Es handelt sich in diesem Band hauptsächlich um eine faktenreiche, sorgfältig erarbeitete Studie über die Beziehungen zwischen der Bundesregierung Deutschland (BRD) und der Republik Südafrika (RSA), und zwar unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeiten für einen „gewaltfreien Systemwandel“ im Lande der Apartheid. Nach einem historischen Rückblick auf die Tradition der deutsch-südafrikanischen Beziehungen seit den Tagen der deutschen Kolonialpolitik analysiert der Verf. engagiert und doch mit kritischer Distanz die politischen, ökonomischen und die (allerdings weniger gründlich) militärischen Beziehungen zwischen den beiden nationalen Einheiten. Unter dem Stichwort „Kooperation“ mit dem Rassistenregime werden die Einstellungen der Bonner Parteien, des diplomatisch-bürokratischen Apparats (besonders gelungen am Beispiel der Kulturpolitik), der Massenmedien und der als „Agentur zur Propagierung der burischen Rassenrennungspolitik“ (S. 77) nicht zu unterschätzenden „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft“ zum weißen Minderheitenregime dargestellt. Als Ergänzung zu dieser „systemstabilisierenden“ Politik Bonns — man kooperiert allein mit der weißen Konfliktpartei — wird die „Beschwichtigung“ der afrikanischen Majorität Südafrikas durch z. B. die UNO- und OAU-Politik Bonns sowie seitens der deutschen Kirchen analysiert und kritisch kommentiert.

Ein abgerundetes vielfazettiges Bild von den politischen Einstellungen in der BRD zum Konfliktherd RSA entsteht dadurch, daß Rode auch vereinzelte „Ansätze“ der „Solidarisierung mit der afrikanischen Majorität“ mit in seine Analyse einbezieht: etwa die Ansätze in Eppers BMZ oder in den Kirchen, das Engement der Dritte-Welt-Gruppen (z. B. das IZ3W in Freiburg) sowie die Arbeit der Informationsstelle Südliches Afrika und der inzwischen — man darf wohl sagen — politisch erdrosselten Deutschen Afrika-Gesellschaft.

Obwohl schon eine Menge (meist englischsprachiger) Literatur über die Wirtschaftsverflechtungen zwischen dem Westen und der RSA vorliegt, ist das zweite Hauptkapitel bei Rode über die ökonomische Kooperation von hohem Informationsgehalt. Der Leser erfährt eine Reihe von bemerkenswerten Details — z. B. daß VW Südafrika auch Fahrzeuge für die Armee der RSA produziert oder daß auch deutsche Firmen in Südafrika Hungerlöhne zahlen, nämlich zwischen 72 und 81 Rand im Monat (S. 218). Auch hier stellt Rode die Südafrikapolitik einzelner nationaler Akteure — von Ministerien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften etc. — empirisch fundiert dar.

So sehr die Darstellung durch Sorgfältigkeit und Faktenreichtum beeindruckt, so inkonsistent erscheint mir das 15seitige Schlußkapitel, in dem Rode das theoretisch untermauerte Resümee seiner Studie zieht. Die rigorose Ehrlichkeit, mit der sich der Verfasser mit den (meist kläglichen, vor allem systemtheoretischen) Theorieansätzen zur internationalen Politik abmüht und sie als für empirische Forschung irrelevant beiseiteschiebt (leider wurden neuere Studien über den internationalen Kapitalismus übersehen, z. B. Vernon, Reuber, Barnett/Müller), kann kaum entschuldigen, daß der Verfasser zu eher mystifizierenden Termini wie „Verwirklichung“ seine Zuflucht nimmt (was Verzicht auf wissenschaftliche Er-

klärbarkeit von politischen Vorgängen signalisiert): „Das Kooperationsverhältnis mit der weißen Oligarchie läßt damit keineswegs etwa westdeutschen Imperialismus diagnostizieren. Vielmehr stellt es sich empirisch als die Verwicklung in die Domination der afrikanischen Konfliktpartei durch die weiße Partei via Kooperation mit letzterer dar“ (S. 262).

Da sich die Studie von Rode auch als Beitrag der nicht herkömmlichen Friedens- und Konfliktforschung versteht, sei abschließend noch ein kritisches Wort zu seinem Gewaltbegriff gesagt. Aus all dem was Rode an wertvollen Fakten und Beziehungsmustern aufgearbeitet hat, ergibt bzw. verstärkt sich der Eindruck eines unmenschlichen Rassenregimes in der RSA, das nur durch brutale Aufrechterhaltung von personeller und struktureller Gewalt überleben kann. Die Beziehungsmuster der „Kooperation und Beschwichtigung“ seitens der BRD laufen dabei oft ungewollt auf „Systemstabilisierung“ hinaus, wenigstens bisher (S. 273). Angesichts dieser (wie ich meine zutreffenden) Diagnose noch an dem Postulat „gewaltfreier Systemwandel“ festzuhalten, erscheint widersinnig. Im Interesse eines „positiven Friedens“ — zu dem sich Rode bekennt — können doch nur Strategien für einen „gewaltabbauenden Systemwandel“ weiterhelfen, der nach aller historischen Erfahrung (Algerien, portugiesische Kolonien, Äthiopien etc.) nicht gewaltfrei verläuft.

Dieser Widerspruch in Rodes Argumentation sollte aber nicht davon ablenken, daß es sich hier um eine sehr nützliche und engagierte Studie über ein aktuelles, wichtiges Thema handelt. Der Informationsreichtum und die gute Lesbarkeit dieser Studie bieten die Voraussetzungen dafür, daß ein weiter Leserkreis erreicht werden kann und daß kritische Denkipulse bezüglich des vorherrschenden Südafrikabildes in der BRD vermittelt werden können.

FRANZ ANSPRENGER

**Die Befreiungspolitik der Organisation für
Afrikanische Einheit (OAU) 1963 bis 1975**

Studien zum Konflikt im südlichen Afrika. Entwicklung und Frieden.
Wissenschaftliche Reihe 8. München und Mainz 1975, S. 232.

Hier ist der — wie ich meine gelungene — Versuch unternommen worden, eine bisher nur in Umrissen bekannte und umstrittene Materie der afrikanischen Politik detailliert und übersichtlich darzustellen und in fairem Bemühen um das Verständnis der Mängel und Widersprüche der OAU-Politik zu kommentieren. Im Zentrum der Analyse steht die 13jährige Geschichte des Befreiungskomitees der OAU, des „African Liberation Comitee“ (ALC), das die Hilfeleistungen der afrikanischen Staaten an die kämpfenden Befreiungsbewegungen (vor allem im südlichen Afrika) koordinieren soll. In zunächst überraschender Weise — galt nicht der Beitrag der OAU zur Befreiung als marginal? — erfährt das OAU-Befreiungskomitee eine positive Würdigung; denn es hielt immerhin „die natürliche Tendenz jeder Exilpolitik zu immer weitergehender Zersplitterung in Grenzen“. Und „die OAU folgte in diesen Dingen immer den Beschlüssen der ALC, und die Vereinten Nationen folgten der OAU“ (S. 49). Vielleicht ist aber doch die andere Seite der OAU-Realität etwas zu kurz gekommen (obwohl die Kritik am ALC von links und rechts dargestellt wird), zu der etwa die Unfähigkeit gehört, mehr materielle Hilfe zu leisten oder aber die Entkolonialisierung Angolas konfliktreduzie-